

«Einwurf»

Wir brauchen keinen neuen Goldesel, sondern höhere Steuern

Dass man vieles anders denken kann, darf, soll oder muss, dazu will der «Einwurf» von *Stefan Sprenger* anregen. Anlass ist die Diskussion zur bevorstehenden Abstimmung über das Casino-Verbot. Für vertiefte Recherchen hat sich der heimische Autor nicht nur den aktuellen Berichterstattungen angenommen, sondern in Archiven auch weiter zurück in die Finanzwelt des Landes geblickt.

Es geht wieder einmal um Geld: Den einen ist die Quelle der jährlich 50 Millionen Steuergelder aus Casinos moralisch anrühlich, die anderen halten sich an Kaiser Vespasian und seinen Spruch, dass Geld nicht stinke, auch wenn es aus Latrinen stamme. Wer sich an Diskussionen zu Zeiten der guten alten Liechtenstein-Treuhand erinnert, liegt nicht falsch: Der Streit um die Casinogelder ist ein Wiedergänger der fürstlich-liechtensteinischen Treuhand-Bonanza, die erst 2008 mit Heinrich Kiebers Ausplaudern der LGT-Treuhandpraktiken ein Ende fand. Man erboste sich kollektiv über den schlimmen Kieber-Bub und konnte sich so ein weiteres und endgültiges Mal vor der Frage drücken, wie man denn zum Aktenköfferle-Geld aus Vaduz stehe. Die danach grandios verschlammte Aufarbeitung der Wirkungen und Nebenwirkungen des Liechtensteiner Geldrausches hat lange fast niemanden gestört. Aber bekanntlich wiederholt sich Geschichte, zuerst als Tragödie um einen Staat, der vor lauter Geld seine Identität verliert, jetzt als Farce um Casinos, die wie Pilze hochgeschossen sind und unbedingt den Staat alimentieren wollen.

Pilze

Thomas Zwiefelhofer, heutiger VU-Parteipräsident, bis 2017 Vize-Regierungschef und als Regierungsrat für Inneres, Justiz und Wirtschaft verantwortlich für die Revision des Geldspielgesetzes (GSG), fasst am 4. Dezember 2015 im Landtag die Position der damaligen Regierung zusammen: «Wir wollen, dass wenigstens ein paar Pilze wachsen. Wenn wir dann das Problem haben, dass wir zu vielen Pilze haben, dann müssen wir ein Fungizid suchen und das tun wir dann, wenn das Problem da ist.» Das Problem ist da, das Fungizid ebenfalls, allein dem Zwiefelhofer und den Parteien munden die Schwammerl inzwischen sehr.

Moral und Markt

Es ist kein esoterisches Wirtschaftswissen, dass es Märkte gibt, die der Markt nicht selbst regeln kann - Drogen, Prostitution, Organhandel, Glücksspiel. Hier muss der Staat teils regulierend, teils restriktiv eingreifen, um Auswüchse zu vermeiden und Schaden an der Gesellschaft abzuwenden - das behaupten nicht Betonkommunisten, sondern gestandene US-Liberale wie Michael J. Sandels, die sich mit den moralischen Grenzen des Marktes beschäftigen. Was also bringt Regierung und Landtag 2015/2016 dazu, gegen dieses Basiswissen zu verstossen? Der Eintretensdebatte 2015 ist zu entnehmen, dass man mit der Umstellung auf das Bewilligungssystem im Trüben fischt und schlichtweg nicht weiss, was werden wird, auch wenn man auf Staatseinnahmen hofft. Denn der Staat braucht Geld, die Geldströme aus der Treuhand sind im Jahr 7 nach Kieber zum grossen Teil versiegt, das Konzessionsystem erweist sich nach Jahren vor Gericht als aufwendiges Nullsummenspiel. Nochmals: Die Umstellung vom Konzessions- auf Bewilligungssystem ist bereits 2016 ein hochspekulatives Unterfangen.

Drei Untergriffe

Die Treuhand hatte sich nach dem Chiasso-Skandal 1977 den Staat als Wagenburg um den Finanzsektor mit drei Untergriffen gesichert. Zum einen infiltrierte sie die Politik bis in die höchsten Ämter, zum ande-

ren schuf sie die Erzählung, ohne Treuhandgeld sei der Staat nicht mehr machbar, die Treuhand deshalb Garantin der Souveränität. Als Drittes machte sie sich mit grosszügigen Vergaben in Sport, Kultur und Sozialbereich scheinbar unabdingbar.

Ein ähnliches Verfahren lässt sich heute im Casinobereich beobachten. Die Casinos haben sich lokales Macht- und Sozialwissen erkaufte, die Trophäenschau beeindruckt: ein Ex-Regierungschef, ein früherer Parteipräsident, ein ehemaliger Chefredakteur, ein früherer Regierungsjurist ... rot und schwarz bunt gemischt, Macht- und Entscheidungsträger, Meinungsmultiplikatoren. Anzunehmen, dass der Casinoverband inzwischen sehr genau weiss, auf welche Knöpfe man wann, wie, wo und bei wem drücken muss.

Das Resultat ist atemberaubend: Die VU gibt einstimmig die Nein-Parole gegen die Casinoverbots-Initiative aus, der FBP-Landesvorstand schafft mit 85 Prozent Ablehnung ebenfalls klare Verhältnisse. Auch das vom Casinoverband gesponnene Narrativ, der Staat könne es sich eigentlich gar nicht leisten, die 50 Millionen Casinosteuern auszuschlagen, erinnert an die frühere Treuhand-Mär. Und dann sind da die Sickerfekte ins Volk: Man schaue Sponsorenlisten der letzten beiden Jahre bei Vereinen und Anlässen durch und wird kaum überrascht sein, immer wieder auf Casino-Unternehmen zu stossen. Hier sind Profis am Werk.

Ehrgefühl und caritas

Die Kampagne der IG Volksmeinung merkt nicht, dass sie mit den Themen Reputationsschaden und Spielersucht rasch nur noch hohl trommelt. Reputationsschaden? Nach all den vollfetten Treuhand-Skandalen in den Neunzigern, der Dekade Verfassungstreit und Kiebers breaking news? Im Ausland haben wir eh unser Fett weg, und die gute alte Liechtensteiner Volksseele und ihr Schamempfinden haben sich ins Ferienhaus nach Südfankreich oder auf die Friedhöfe verzogen. Hierzulande waltet und verwaltet nur noch ein verärgelter Pragmatismus, der über nichts tiefer und länger nachdenken will. Die Spielsüchtigen? Das sind immer nur die anderen. Ehrgefühl und caritas - die IG Volksmeinung spricht ein Liechtenstein an, das es so nicht mehr gibt und vielleicht auch nie gegeben hat.

Ross und Reiter

Umso überraschender ist ihr Umschalten auf den Nahkampfmodus: Ross und Reiter werden öffentlich genannt, auch wer mit wem in Sachen Casinogeschäft verbandelt und verstrickt liegt. Das verstösst gegen eine der wichtigsten FL-Grundregeln: Jede weiss von jedem alles, aber öffentlich ausgesprochen wird dieses Wissen nie. Neu ist die zitierfähige, offen ausgelegte, dem Gegner zweifelsfrei zuzuordnende Schmutzleile. Dass es nur wenige Stunden dauert, bis auch ein Exponent der IG Volksmeinung in gleicher Weise öffentlich ausgeweidet und glaubwürdig mit dem Vorwurf der Doppelmoral ge-



Der «Goldesel» (2019, 20 x 28 cm, Bleistift und Pastellkreide), eine Zeichnung des deutschen Künstlers Klaus Busch. (Bild: © 2023, ProLitteris, Zurich)

chipt wird, muss nicht wundern. Dennoch ist der Tabubruch der IG Volksmeinung befreiend: Es implodiert der immer etwas lächerlich wirkende Hohlraum zwischen der öffentlich in Liechtenstein gepflegten Staatsrede vom grossen Miteinander und der Praxis in den Dörfern, in denen sich Schlaue und Schnelle genauso wie zu Zeiten der verschärften Treuhand einen feuchten Kehricht zum scheren, ob ihre Drang nach Geld Staat oder Kollektiv schadet.

Verfassung

«Auch in unserem Land haben sich unsere Vorfahren die Freiheitsrechte hart erkämpfen müssen. Mit einem singulären Verbot auf Verfassungsstufe würde man die Seele unserer stolzen Verfassung und die Seele unserer Verfassungsväter verkaufen», schreibt Martin Frommelt, Ex-Chefredakteur Liechtensteiner Volksblatt + Radio L, heutzutage Kommunikationsmanager des Casino Schaanwald und Vorstandsmitglied im Casino-Verband (Volksblatt, 13.1.23). Wer hier was verkauft, sei dahingestellt, mir will nur nicht einleuchten, was Polizeibewilligungen für Casinos mit Freiheitsrechten des Volkes zu tun haben. Auch zweifle ich daran, dass die «Verfassungsväter» - oder ihre Seelen - an neuen Abhängigkeiten Gefallen finden. Zum dritten haben wir mit Art.27ter 2) bereits ein Verbot in der Verfassung - das der Todesstrafe -, von einem «singulären» Verbot zu sprechen ist schlichtweg falsch. Gehören Verbote in die Verfassung? Die Schweizer Bundesverfassung verbietet z.B. unter Art.10a das Verhüllen des eigenen Gesichts. Gehören Spielbankenverbote in die Verfassung? US-amerikanische Gliedstaaten wie Hawaii oder Utah verbieten in ihren Verfassungen jegliche Form von Glücksspiel, andere

wie z.B. Kalifornien untersagen speziell das Betreiben von Casinos. Ein Verbot von Spielbanken in der Verfassung ist weder ein Versündigen gegen die Geschichte noch eine Anomalie. In die Verfassung eingebaute fürstliche Gipseier wie das Austrittsrecht der Gemeinden aus dem Staatsverband sind da von ganz anderem Kaliber.

Liberal?

Jürgen Nigg, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer, sieht Liechtenstein als Ort, an dem das freie Unternehmertum lebt und eine Verbotskultur keinen Platz hat (Interview Volksblatt, 9.1.23), also Casinoverbot nein. Der Casinoverband ist im Gebäude der Wirtschaftskammer an der Zollstrasse 23 in Schaan domiziliert, aber das nur nebenbei. Wichtiger ist, was Nigg gleichzeitig zum anderen Fenster hinausruft: Staat, unterstütze die Betriebe mit 50 Millionen, damit die Explosion der Energiekosten aufgefangen werden kann!

Und ich dachte immer, liberal zu sein, hiesse Markt hui - Staat pfui? Welchem Nigg soll ich nun glauben? Aber auch hier: Ja, die Betriebe in der Realwirtschaft haben es nicht leicht. Nicht nach Lockdown, Pandemie, mit unberechenbar gewordenen Lieferketten, horrenden Rohstoffpreisen, Inflation. Gegner der Initiative mahnen auch die Rechtssicherheit an. Ein wunder Punkt, jedenfalls für die Casinobetreiber, nicht zu widerlegen, allerdings nicht den Initianten anzulasten. Es ist die Regierung, die, 2016 bewusst hochspekulativ agierend und inzwischen sowohl von der Zahl der Casinos als auch vom Murren im Volk überrascht, den Progressionssatz auf den Bruttospielgewinn fast um das Doppelte erhöht, in voller Fahrt die Regeln verändert und nicht nur damit keine gute Figur macht: Das von Wirtschafts-

nisterin Monauni vorgeschlagene Moratorium für Casino-Neuzulassungen schwächt mit dieser Verzögerungstaktik nicht nur die Initiative, sondern gestattet den bereits existierenden Casinos auch, sich drei Jahre lang in einem geschützten Markt zu konsolidieren.

Das Recht der kommenden Generationen

Wolfgang Egger, der erste Casino-Initiant, führt im Gespräch mit Altbürgermeister Ospelt auf IFL-TV einen Punkt an, den es tatsächlich zu bedenken gilt: Hat man das Recht, den kommenden Generationen in Liechtenstein Steuereinnahmen in der Höhe einer Milliarde (50 Millionen jährlich, über 20 Jahre gerechnet) zu verweigern? Man kann die Frage auch so formulieren: Haben wir das Recht, den kommenden Generationen eine ethische Hypothek in Form einer fest etablierten Casinolandschaft aufzuerlegen? Der grosse und wesentliche Unterschied zu den Jahrzehnten der Treuhand: Man konnte niemals darüber abstimmen, ob man die Treuhand und ihre sowohl positiven als auch negativen Auswirkungen wirklich wollte. Am 29. Januar 2023 hingegen liegt die Verantwortung, ob wir ein Casinoland sein wollen oder nicht, komplett in unseren eigenen Händen.

Des Pudels Kern

Am 4. Dezember 2015 zeigt eine einzige Abgeordnete klare Kante: Helen Konzett (FL) lehnt Casinos ohne Kompromisse ab und berührt den einen, auch heute ausserordentlich umsichtig vermiedenen Punkt: Anstatt mit Gelder aus heiklen Quellen sollen sich die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner ihren Staat mit höheren Steuersätzen selber finanzieren. Bingo. Die minimalen Steuersätze, die inzwischen offenbar Teil unserer Identität geworden sind, waren nur unter dem vergifteten Füllhorn der Treuhand möglich. Treuhand weg hiesse nach den Regeln der Kausalität Steuern rauf. Hat sich keine Regierung, kein Landtag je getraut. Also verkehren sich Ursache und Wirkung: Weil wir an der Wirkung hängen - niedrige Steuern -, müssen wir eine neue Ursache schaffen - die Casinos. Das ist des Pudels Kern. Wir müssen nicht über Spielbanken reden - das ist nur ein Scheinthema, wenn auch ein gefährliches: Man könnte mit dem Casinosteuergeld die eigentliche Frage nochmals um Jahrzehnte verschleppen. Die lautet: Was ist uns unser Staat wert? Und: Sind wir bereit, für diesen Staat tiefer in die Tasche zu greifen, anstatt dauernd aus fragwürdigen Geldquellen zu schöpfen?

In dieser Rubrik lassen wir in loser Folge Kunstschaffende gesondert auf Veranstaltungen oder Werke hinweisen. Und wir veröffentlichen in loser Folge Essays und Kurzgeschichten, die einen Einblick in die (Gedanken-)Welt der Autoren ermöglichen.

Über den Autor

Geboren 1962 in Zürich, aufgewachsen in Liechtenstein. Ausbildung zum bildenden Künstler und Zeichnungslehrer. Berufstätigkeit bis 1997, danach dreijährige Fussreise in den Norden. Ab 2000 freischaffender Autor in Liechtenstein. Sprengers literarische Arbeiten beschäftigen sich oft in essayistischer, szenischer oder erzählerischer Form mit den mentalitätsgeschichtlichen und politischen Themen Liechtensteins.

